

walt zu unterlassen. Keine der anerkannten Ausnahmen zu diesem umfassenden Gewaltverbot sind im Sinne der Fragestellung einschlägig.

Die Feindstaatenklauseln sind darüber hinaus spätestens mit dem Beitritt der beiden deutschen Staaten zu den Vereinten Nationen obsolet geworden. Die 50. VN-Generalversammlung hat am 11. Dezember 1995 im Konsens eine Resolution verabschiedet, die in ihrer Präambel diese Auffassung ausdrücklich bestätigt:

„[...] in der Erwägung, dass die ‚Feindstaaten‘-Klauseln in den Artikeln 53, 77 und 107 der Charta in Anbetracht der weitreichenden Veränderungen, die in der Welt eingetreten sind, hinfällig geworden sind.“

Das von den Staats- und Regierungschefs verabschiedete Dokument des Gipfels vom September 2005 (A/RES/60/1) enthält den Beschluss, die Bezüge zu „Feindstaaten“ in den Artikeln 53, 77 und 107 der VN-Charta zu streichen.

29. Abgeordneter  
**Dr. Rainer Kraft**  
(AfD)
- Von welchen Nationen wurde die Bundesrepublik Deutschland seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine auf diplomatischem Wege aufgefordert, schwere Waffen an die Ukraine zu liefern oder den Export solcher Waffen zu genehmigen ([www.handelsblatt.com/politik/deutschland/ukraine-krieg-der-panzer-tausch-bundesregierung-loest-die-waffen-bremse-ein-bisschen/28268964.html](http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/ukraine-krieg-der-panzer-tausch-bundesregierung-loest-die-waffen-bremse-ein-bisschen/28268964.html)) ?

**Antwort des Staatssekretärs Andreas Michaelis  
vom 29. April 2022**

Seit dem Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 befindet sich die Bundesregierung in einem engen und intensiven Austausch mit Verbündeten und Partnern in der Europäischen Union, der NATO und den G7 über die Unterstützung der Ukraine. Die Versorgung der Ukraine mit Waffen ist dabei durchweg Thema bi- und multilateraler Gespräche. Darüber hinaus äußert sich die Bundesregierung grundsätzlich nicht zu vertraulichen Gesprächen.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

30. Abgeordneter  
**Jan Ralf Nolte**  
(AfD)
- Wie viele Ermittlungsverfahren gab es nach Kenntnis der Bundesregierung seit 2010 wegen der Billigung von Straftaten islamistischer Gewalttäter oder Terrororganisationen gemäß § 140 des Strafgesetzbuches?